

Newsletter September 2020

Schule und Corona

Schule in Zeiten von Corona.

Aus der Sicht der SPD braucht es:

- HILFREICHE VORGABEN AUS KIEL
- RÜCKSICHT AUF RISIKOGRUPPEN
- INDIVIDUELLE FÖRDERANGEBOTE
- LANDESHILFE BEI KLASSENFAHRTEN
- ZUSÄTZLICHE SCHULBUSSE
- EINE KOMBINATION AUS DIGITALEM UND PRÄSENZUNTERRICHT

SPD MARTIN
HABERSAAT
MDL

Unsere Sachkritik an der Arbeit der Bildungsministerin:

Kritikpunkt 1: Maskenpflicht

Das Ministerium hatte zunächst -einzigartig in Deutschland- eine „dringende Empfehlung“ zum Tragen einer Maske ausgesprochen. Ab dem 25. August hat es eine Verpflichtung zum Maskentragen außerhalb des Unterrichts ausgesprochen. nach den Ferien mussten die Schulen mit einer rechtlichen Unsicherheit klarkommen, Schulleiter, die eine Maskenpflicht im Unterricht anordneten, mussten diese zurücknehmen. Der richtige Weg wäre gewesen: Erst auf maximale Sicherheit setzen, dann nach Schuljahresbeginn regelmäßige Berichte der Schulen ans Ministerium zu verlangen und anschließend, soweit möglich, schrittweise zu lockern.

[Aktuelle Corona-Informationen der Landesregierung](#)

[Der Städteverband sammelt alle aktuellen Erlasse zur Corona-Lage hier](#)

Kritikpunkt 2: Umgang mit vorerkrankten Lehrkräften

Rund 2.000 Lehrkräfte haben ein Attest über Vorerkrankungen und andere gesundheitliche Risiken vorgelegt und beantragt, nicht im Präsenzunterricht eingesetzt zu werden. Diese Atteste wurden einer Betriebsärztin nach Aktenlage fast alle abgelehnt; zunächst wurden nur 44 Lehrkräfte vom Präsenzunterricht befreit, inzwischen wird bereits eine Zahl von 230 angegeben, was den Gegebenheiten anderer Länder entspricht. Die „großzügigere“ Vorgehensweise ist laut Ministerin auf die Dauer der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht beschränkt. Dort scheint die Ministerin mit ihrer Position in großen Teilen Recht zu bekommen - sie verspricht aber ihrer Zusage, auf vulnerable Gruppen Rücksicht zu nehmen.

Kritikpunkt 3: „Lernsommer“

Das Ministerium hatte relativ kurzfristig Mittel eingesetzt, mit denen die Schulen während der Sommerferien Lernangebote zum Nachholen des ausgefallenen Stoffes anbieten konnten, wobei die Beteiligung freiwillig war. Nur rund 1 % aller Schülerinnen und Schüler nahm an den Angeboten teil; für diese war es eine große Hilfe. An vielen Schulen fand nichts statt, an anderen Schulen nur für einzelne Klassen. Keine Angebote gab es für den Abiturjahrgang 2021 - damit ist ein Großteil der Schülerinnen und Schüler, für die das Nachholen des ausgefallenen Unterrichts am Wichtigsten gewesen wäre, durch das Programm nicht erreicht worden.

Kritikpunkt 4: Klassenfahrten

Der Landtag hat erhebliche Mittel bereitgestellt, um die bei den Schulen angefallenen Stornokosten für Klassenfahrten im Frühjahr und Sommer 2020 aufzufangen. Keine Lösung besteht bisher für Klassen, die ihre Reisen langfristig geplant haben und sie erst nach den Sommerferien antreten wollten. Lehrkräfte und Schüler beziehungsweise deren Eltern werden mit diesem Problem alleingelassen. Zugleich leiden viele Jugendherbergen und Schullandheime unter den ausgefallenen Zahlungen. Der richtige Weg wäre gewesen, auch die bereits bis zum Frühjahr 2020 gebuchten Reisen in die Stornoerstattung einzubeziehen.

Kritikpunkt 5: Schülerbeförderung

Die Situation in den Schulbussen ist mit der Idee abgrenzbarer Kohorten an den Schulen nicht vereinbar. Eine gemeinsame Planung von Land und Kreisen als Trägern der Schülerbeförderung gibt es offenbar nicht. Das Bildungsministerium muss die Schulen zu versetzten Anfangszeiten ermuntern. Die privaten Busunternehmen im Land haben angeboten, mit zusätzlichen Fahrzeugen zu helfen, wollen dafür aber natürlich Geld haben, da diese Unternehmen im letzten halben Jahr fast völlig auf Einnahmen verzichten mussten. Hier sollte das Land helfend eingreifen.

[Rechtslage Schülerbeförderung](#)**Kritikpunkt 6: Digitalkonzept**

Corona hat für die Digitalisierung notgedrungen einen großen Schritt nach vorne gebracht. Schleswig-Holstein nimmt eine Außenseiterrolle ein, weil es von den Kommunen einen Eigenanteil von 10 % bei den Bundesmitteln für den Digitalpakt fordert, statt ihn selbst zu übernehmen. Die Frage, ob ein Schüler/ eine Schülerin zu Hause ein leistungsfähiges Gerät und ein schnelles WLAN vorfindet, ist heute für seine Bildungschancen entscheidend. Die Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass der vor 20 Jahren durch PISA festgestellte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen wieder verstärkt. Das Land schließt die Schulen jetzt schrittweise an ein neues Lernmanagementsystem namens „itslearning“ an. Dabei sind aber entscheidende technische Fragen ungeklärt, die die Aussage der Ministerin, Unterricht können auch per Video erteilt werden, in Frage stellt. Auch Fragen des Supports sind ungeklärt. Positiv ist, dass der Bund sich mit Ergänzungsprogrammen zum Digitalpakt an den Kosten für Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und für Lehrkräfte ebenso beteiligt wie an denen für die Administration.

[Rede von Martin Habersaat](#) (Erwiderung auf die Regierungserklärung, 26. August)

Bildungskosten

2014 gab der Landtag eine Studie in Auftrag, die den tatsächlichen Anteil der Eltern an allen Bildungskosten erheben sollte. 2016 kam das Ergebnis: Eltern zahlen durchschnittlich 1000 Euro im Jahr. Es folgte eine lange Dialogreihe des Bildungsausschusses, die auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt wurde. Im Januar 2020 legte die SPD ihre Vorschläge zur Entlastung der Eltern vor. Im August 2020 wurde nun ein Antrag der Jamaika-Koalition zu diesem Thema beraten ([19/2222](#)). Dazu hatten SPD und SSW einen Alternativantrag vorgelegt ([19/2248](#)). Die Jamaika-Koalition hatte für die Eltern keinen einzigen konkreten Punkt im Gepäck. Entweder es wird auf den Bund verwiesen (Bildungs- und Teilhabepaket, Digitales Lernen, Ganztage), oder es werden Prüfaufträge an die Ministerin vergeben (Klassenreisen, Verbrauchskosten). Das ist nach bald sechs Jahren Debatte sogar für diese Koalition erstaunlich dürftig. Ohne die SPD hätte es bei diesem Thema keine Bewegung gegeben.

Die Landesregierung soll aufhören zu prüfen, sondern endlich konkrete Gespräche mit den Kreisen (Schülerbeförderungskosten) und Schulträgern (Verbrauchskosten, Schulequipment) führen, um zu einer Entlastung der Eltern zu kommen. Auch Schülerinnen und Schüler an Oberstufenschulen und an Beruflichen Schulen müssen in diese Gespräche einbezogen werden. Es darf nicht sein, dass die Frage nach einem Oberstufenbesuch einer Schülerin oder eines Schülers nicht an Lebensperspektiven, sondern an finanziellen Erfordernissen festgemacht wird. Auch die sehr unterschiedliche Lage in den Kreisen ist aus landespolitischer Sicht unbefriedigend. Den Schulen müssen Richtwerte für die Kosten von Klassenreisen vorgegeben werden, Abweichungen müssten gut begründet werden. An unserem [Vorschlag eines Landesfonds](#) für den Ausgleich regionaler Besonderheiten halten wir fest.

[Rede von Kai Vogel](#) (27. August)

Inklusion

Inklusionsbericht 2020

„Eine inklusive Schule ist offen für alle jungen Menschen. Sie richtet ihren Unterricht und ihre Organisation auf eine Schülerschaft in der ganzen Bandbreite ihrer Heterogenität aus. Diese Heterogenität bezieht sich nicht nur auf Behinderung oder sonderpädagogischen Förderbedarf. Sie steht generell für Vielfalt und schließt beispielsweise die Hochbegabung ebenso ein wie den Migrationshintergrund oder unterschiedliche soziale Ausgangslagen.“ Dieses Leitbild einer inklusiven Schule formulierte die letzte Landesregierung in ihrem Inklusionsbericht 2014. Im Bericht der aktuellen Landesregierung taucht dieses Leitbild nicht mehr auf. An vielen Stellschrauben wird jetzt zurückgedreht.

Im ersten Bericht hatte der damalige Bildungsminister Klug (FDP) noch geschrieben, Inklusion sei kostenneutral umzusetzen. Mit dem zweiten Bericht gab es den landesweiten Konsens, dass es ohne zusätzliche Ressourcen nicht geht. Und eben das Bekenntnis zur inklusiven Schule mit dem Blick auf alle Schülerinnen und Schüler. Für die aktuelle Bildungsministerin ist ein ‚Inklusionskind‘ nun wieder eines mit Behinderung.

Inklusionsbericht 2020

[„Bericht zum Stand der Inklusion im schulischen Bildungsbereich“ \(Drucksache 19/1913\)](#)

Inklusionsbericht 2014

[„Inklusion an Schulen“ \(Drucksache 18/2065\)](#)

Inklusionsbericht 2011

[„Bericht zur landesweiten Umsetzung von Inklusion an Schulen“ \(Drucksache 17/1568\)](#)

Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (SoFVO)

Die aktuelle Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (SoFVO) stammt vom 8. Juni 2018 und lief eigentlich am 30. Juli 2020 aus. Sie wurde verlängert, weil die Nachfolge-Verordnung im Anhörungsverfahren für viel Kritik sorgte. Dieser Entwurf war weder inklusionsfördernd noch inklusionsfreundlich. Er widersprach dem Kerngedanken des Schulgesetzes. Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung sollten künftig von allgemeinbildenden Schulen an Förderzentren überwiesen werden können und für diese Zeit auch nicht Schüler der abgebenden Schule bleiben. Da auch die Dauer der Maßnahmen nicht befristet wurde, wäre das ein Schritt zurück zu mehr Schülerinnen und Schülern, die nicht-inklusiv an Förderzentren beschult werden. Logisch ist das nicht: Wer sich auffällig verhält, kommt in eine Sondergruppe. Besser wären mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete intensivpädagogische Maßnahmen an der allgemeinbildenden Schule, um diesen Kindern und Jugendlichen, die seit einigen Jahren auch als ‚Systemsprenger‘ bezeichnet werden, dort professionell zu helfen. Das können aber nicht die bisherigen Schulbegleiter, gebraucht werden gut ausgebildete Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Zu kritisieren war auch, dass das Verfahren zur Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs laut Entwurf regelhaft zum Ende der Eingangsphase (Klasse 1 und 2 der Grundschule) eingeleitet werden. Bisher sollte ein Förderbedarf frühestens zu diesem Zeitpunkt festgestellt werden, jetzt spätestens – ein Paradigmenwechsel.

Schulassistenz

Noch immer gibt es keine klaren Aussagen zur Zukunft der Schulassistenz. Vor anderthalb Jahren hat das Bildungsministerium über 200.000 Euro für ein Gutachten ausgegeben, das diese Aussagen vorbereiten sollte. Hinweise auf eine Aufstockung der Mittel oder wenigstens Klarheit für die Schulassistenzkräfte auf befristeten Stellen: Fehlanzeige.

Große Anfrage Grundschulen

Am 3. September wird sich der Bildungsausschuss mit unserer [Großen Anfrage zur Unterrichtsqualität an den Grundschulen Schleswig-Holsteins im Schuljahr 2018/19](#) befassen. 185 Seiten Zahlen, Daten und Fakten brachte die Große Anfrage zutage. Der Fachkräftemangel ist im ganzen Land zu spüren, wenn auch in den Kreisen unterschiedlich stark. Auch in anderen Fragen sind die Verhältnisse im Land der unterschiedlich. Erstaunlich ist, was das Bildungsministerium alles nicht beantworten kann. Im Schuljahr 2018/19 gab es in Schleswig-Holstein 550 Grundschulstandorte mit 108.690 Schülerinnen und Schülern (SuS). Sehr unterschiedlich wirkt sich der demographische Wandel auf die Kreise aus: Gibt es in Flensburg heute 13 Prozent mehr Grundschulinnen und Grundschüler als vor zehn Jahren, sind es in Nordfriesland knapp 22 Prozent weniger.

Von den 5.315 Stellen für Grundschullehrkräfte waren leider nur 4.588 mit fertig ausgebildeten Grundschullehrkräften besetzt, über ein Zehntel des Unterrichts hat auch vor Corona schon nicht regulär stattfinden können. 26,54 Prozent der Klassen wurden in Mathematik von Lehrkräften unterrichtet, die dieses Fach nicht studiert haben, 239 Klassen zusätzlich von Lehrkräften ohne zweites Staatsexamen. Sehr unterschiedlich ist die Lage im Land bei Fragen der Schulentwicklung. In Flensburg organisieren 70 Prozent der Grundschulen ihre Eingangsphase flexibel mit übergreifenden Klassen in den Jahrgangsstufen 1 und 2, in Stormarn sind das nur 5,7 Prozent.

[Landtagsrede Martin Habersaat](#) (19. Juni)

Landtagsreden und Presseerklärungen vom August 2020

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 04. August 2020
zur aktuellen Auseinandersetzung zwischen Lehrkräften und der Bildungsministerin über die Erteilung von Präsenzunterricht durch Angehörige von Risikogruppen (Corona)

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-04-15-39-15-3a57/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Serpil Midyatli vom 05. August 2020
zur Pressekonferenz der Bildungsministerin anlässlich des Schuljahresbeginns

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-05-10-43-03-0403/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 07. August 2020
zu den laufenden Klagen von Lehrkräften, die trotz Attesten über eine besondere Risikolage wegen der Corona-Pandemie Präsenzunterricht erteilen sollen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-07-10-52-42-3e9c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 10. August 2020
zum Fünf-Punkte-Plan der SPD zum Lernsommer 2021

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-10-13-28-39-595b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 18. August 2020
zur Entlastung der Eltern von allen Bildungskosten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-18-11-04-30-354d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 19. August 2020
zu den Vorgängen am Gymnasium Schenefeld – und vermutlich weiteren Schulen – im Zusammenhang mit einer Maskenpflicht

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-19-09-30-18-0d0d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 20. August 2020

zur heutigen Pressekonferenz von Bildungsministerin Prien (Maskenpflicht)

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-20-12-51-42-7888/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 26. August 2020

zur Regierungserklärung „Lernen in der Pandemie - Perspektiven für unsere Kinder“

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-26-11-08-48-1e11/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 27. August 2020

zur Inklusion

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-27-11-35-46-019e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Kai Vogel vom 27. August 2020

zur kostenlosen Bildung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-27-17-01-56-19c6/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 06. August 2020

zur Konsequenz der Corona-Pandemie für die Hochschulen,

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-06-12-35-26-67bc/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsradikalismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 12. August 2020

zum „Lagebild Antisemitismus“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-08-12-15-49-34-1f19/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur,
Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten

Martin Habersaat, Vorsitzender des Arbeitskreises

Dr. Michael Schmidt-Neke, Referent des Arbeitskreises

Postfach 7121, 24171 Kiel Tel.: 0431 / 988-1332

E-Mail: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de